

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 58077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Samstag, 29. Mai 1937

Nr. 125

del Vayo klagt an

Die Spanienfrage vor dem Völkerbund

Genf. Der Völkerbundrat schritt am Freitag an die Lösung der spanischen Frage. Er hörte eine ausführliche Rede des spanischen Votschafters del Vayo an, der anführte, die spanische Regierung lege dem Rate einen Bericht über die Lage in Spanien vor, da das Eingreifen fremder Mächte in Spanien immer mehr zunehme.

Im Verlauf der Ereignisse, legte del Vayo dar, seien vier verschiedene Phasen des spanischen Konfliktes zu beobachten. Einerseits sei dies die Zunahme der deutsch-italienischen Intervention, die sich in einem offenen Angriff Italiens gegen Spanien durch die Schlacht bei Guadafajara äußert, weiters sei dies die Verwirklichung der Kontrolle, aber mit einem unseligen Ergebnis, die dritte Phase äußere sich in einem unheimlich durchgeführten totalitären Krieg und in der Vernichtung Guernicas, in der vierten Phase schließlich bemüht sich der Londoner Nichtinterventionsausschuss, die Zurückziehung der fremden Freiwilligen zu erreichen. Votschafter del Vayo zitierte dann das Weisbuch der spanischen Regierung und erklärte, die deutschen Fliegerkräfte hätten sich für ihren Angriff das Städtchen Guernica ausgesucht, das das Ideal des weltgrößten Fühlens einer edlen Nation darstelle, und gegen diese die Methoden eines totalitären Krieges angewandt. Es habe sich nicht um einen improvisierten Angriff, sondern um die Vernichtung der Frauen und Kinder durch Brandbomben gehandelt. Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen bekannter deutscher Autoren beweise, daß dies eine neue, durchdachte Kriegspolitik sei. Del Vayo erklärte weiter, daß die gleiche barbarische Konzeption Ton und Takt dem ganzen Einsatz gebe, der das Wesen und die Ideengrundlage der Okkupation in Spanien sei.

Ueber die Politik der Nichtintervention in spanische Angelegenheiten erklärte Votschafter del Vayo, es sei schwer zuzugeben, daß jene in den Begriff Freiwillige einbezogen werden sollen, die aus Staaten kommen, wo jedwede Freiheit durch den Mechanismus totalitärer Regime unterdrückt wird, und auf gleiche Stufe mit jenen gestellt werden, die aus freiem Entschluß gekommen sind, an der Seite der Spanier zu kämpfen. Die spanische Regierung ist bereit, die wirklichen Freiwilligen zum Verlassen Spaniens zu veranlassen. Die spanische Regierung, sagte del Vayo, fordert im Interesse des europäischen Friedens eine schnelle und klare Lösung, d. h. die vollkommene Wiederherstellung der Macht, die aus dem Willen des Volkes kam und die Wiederherstellung der nationalen Souveränität.

Frankreich für den Nichtintervention-Ausschuss

Der französische Außenminister Delbos, der dann das Wort ergriff, anerkannte die Richtigkeit der Beweggründe, die die spanische Regierung zu ihrer Beschwerde vor den Völkerbundrat

führten. Er sagte, Spanien sei zum Schlachtfeld geworden und sei nicht mehr selbst Herr seines Schicksals. Außerdem habe sich auch eine Gefahr für den allgemeinen Frieden durch das Eingreifen von außen her gezeigt. Die französische Regierung habe deshalb seit Beginn des spanischen Konfliktes darauf hingearbeitet, daß die Politik der Nichtintervention in die spanischen Angelegenheiten angewendet werde. Minister Delbos wies dann die Wirksamkeit des Vorgehens des Londoner Nichtinterventionsausschusses nach und forderte, daß das Werk dieses Ausschusses eine Verbollkommnung erfahre.

Litwinow: der Völkerbund keine Mumie

Der sowjetrussische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Litwinow erklärte

hierauf, der Völkerbundrat stünde vor einem neuen Problem, das keine weiteren Untersuchungen erfordere. Es sei dies die Angelegenheit eines gewaltsamen Einfalles einer fremden Militärmacht auf das Gebiet eines Mitgliedsstaates des Völkerbundes. Auf die Legalität der verantwortlichen spanischen Regierung zu sprechen kommend, erklärte Litwinow, daß ein Häufchen Generale und Offiziere ihr gegenüber stünden, die den militärischen Eid gebrochen, sich gegen die Regierung erhoben hätten und vornehmlich mit Hilfe von marokkanischen Truppen Krieg führten. Die spanische Regierung ist zu ihrer Beschwerde berechtigt und sieht den Völkerbund ganz richtig nicht als Mumie an, dessen Unbeweglichkeit bewundert werden kann.

Eden einig mit Delbos

Der britische Außenminister Eden sprach seine Zustimmung mit der Ansicht des französischen Außenministers Delbos aus, daß es notwendig sei, das Werk des Londoner Nichtinterventionsausschusses zu stärken, der bedeutende Erfolge erzielt habe.

Neville Chamberlain im Amt

London. Ministerpräsident Baldwin erschien Freitag um 9.30 Uhr im Buckingham-Palast beim König, um seinen Rücktritt anzugeben. Der König hat die Demission angenommen und Baldwin's Vorschlag entsprechend Neville Chamberlain zu seinem Nachfolger ernannt.

Chamberlain, der einige Minuten nach Baldwin beim König erschien, nahm die Verantwortung an. Seine erste Handlung bestand darin, daß er dem König empfahl, Baldwin in den Grafenstand und den Handelsminister Runciman zum Viscount zu erheben.

Nachmittag wurde folgende Zusammensetzung des britischen Kabinetts bekanntgegeben:

Neville Chamberlain, Ministerpräsident, Sir John Simon, Finanzminister, Sir

Samuel Hoare, Innenminister, Anthony Eden, Außenminister, Malcolm MacDonald, Minister für die Dominien, W. Ormsby Gore, Minister für die Kolonien, Lord Jellicoe, Minister für Indien, Oliver Stanley, Handelsminister, Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, Gore Bellish, Kriegsminister, Viscount Spindon, Luftfahrtminister, E. Inskip, Minister für Nationalverteidigung, Lord Halifax, Lordpräsident des Geheimen Rates, Lord Halifax, Lordkanzler, Lord De la Warr, Lordgeheimsekretär, W. C. Elliot, Staatssekretär für Schottland, Kingsley Wood, Minister für Gesundheitswesen und Lord Stanhope, Unterrichtsminister, W. S. Morrison, Landwirtschaftsminister, E. Brown, Arbeitsminister und E. L. Burgin, Verkehrsminister.

Hollands Sozialdemokraten gewinnen 100.000 Stimmen

Vollkommener Zusammenbruch des holländischen Faschismus

Die bisher aus Holland mitgeteilten Wahlberichte bezogen sich lediglich auf die Mandatsverteilung und auf die Stimmenanzahl der faschistischen Mussert-Partei. Nunmehr liegen die abschließenden Berichte über die Stimmenverteilung vor, die von einem großen Erfolg der holländischen Sozialdemokratie Zeugnis geben.

Die holländische Sozialdemokratie ist von einer Stimmenanzahl von 798.833 bei der letzten Kammerwahl im Jahre 1934 auf eine Stimmenzahl von 890.880 gestiegen, hat also fast 100.000 Stimmen gewonnen. Es wurden bei der jetzigen Wahl 300.000 Stimmen mehr abgegeben als 1934; von diesem Zuwachs hat die Sozialdemokratie nahezu ein Drittel bekommen.

Allerdings drückt sich der Stimmengewinn infolge der Eigentümlichkeit des holländischen Wahlsystems nicht in einem gleichmäßigen Ansteigen der Mandatsziffer aus. So hat die Staatspartei kaum 130.000 Stimmen, aber drei neue Mandate gewonnen. Die Antirevolutionäre Partei des Ministerpräsidenten Colijn hat einen Stimmengewinn von 150.000, bucht aber ebenfalls drei neue Mandate, während die Sozialdemokraten bei einem Zuwachs von etwa 100.000 Stimmen nur ein neues Mandat erobern konnten. Der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen an der Gesamtstimmenganzahl stieg von 21,4 Prozent im Jahre 1934 auf 21,9 Prozent im Jahre 1937. Besonders erfreulich ist für die Sozialdemokraten das Wahlergebnis in Amsterdam. Hier wurde für die Liste Albarca 132.214 Stimmen abgegeben, das sind 88 Prozent von der Gesamtstimmenganzahl in Amsterdam.

Die Niederlage der faschistischen, mit deutschem Geld gehaltenen Mussert-Gruppe ist besonders in Utrecht groß: Utrecht war für Mussert sozusagen die „Stadt der Bewegung“. Hier wurde die Mussert-Partei halbiert. Im gan-

zen erhielt Mussert jetzt nur 171.057 Stimmen gegenüber 294.596 Stimmen, die er bei den Provinzialwahlen im Jahre 1935 errungen hatte.

„Het Volk“, das Blatt der holländischen Sozialdemokratie, stellt fest, daß am 26. Mai nicht die faschistische Parole „Mussert oder Wodlaw“ gestiftet hat, sondern daß das holländische Volk nach der Losung „Weder Mussert noch Wodlaw“ handelte. „International“, so schreibt „Het Volk“, waren es einige Erscheinungen, die darauf hindeuteten, daß die Diktatur ihrer Höhepunkt hindweg ist. Die Niederlage des holländischen Diktatur-Aspiranten Degrelle in Brüssel befestigte diese Auffassung. Doch Mussert's Niederlage ist viel ernsthafter als der Schlag, den sein Kollege Degrelle abkam. Das niederländische Volk hat sich gegen den Betrug ausgesprochen, mit dem die Diktaturpropaganda gearbeitet hat. Und mit Recht weist „Het Volk“ darauf hin, daß die niederländische Sozialdemokratie einen Erfolg von internationaler Bedeutung errungen hat. „Die Freunde der Freiheit und Menschlichkeit in den Ländern, in denen die Demokratie fast geblieben ist — und auch die unterdrückte und gepeinigete Demokratie in den Ländern der Diktatur — sie werden mit Dankbarkeit, mit Begeisterung vernehmen, wie die niederländischen Wähler mit der Diktatur abgerechnet haben.“

So ist es! Und vor allem freuen wir uns über den Erfolg der holländischen Sozialdemokratie, die den entscheidenden Anteil daran hat, daß, wie wir es am Sonntag abends in Amsterdam erklärte, durch diese Wahlen für den Faschismus die Pforte des demokratischen Westeuropas geschlossen wurde.

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat die niederländische Sozialdemokratie zu ihrem Wahlerfolg beglückwünscht.

Aus dem Inhalt:

Der Geburtstag des Präsidenten

Brief von der spanischen Front

Selbstmord wegen eines SdP-Zeitungsartikels

Hitlerverteidigung mit Pornographien

Baldwins Abschied

Der lange angekündigte Rücktritt des britischen Ministerpräsidenten Stanley Baldwin ist nun, nach Beendigung der Krönungsfeierlichkeiten und nach Eröffnung der britischen



Reichskonferenz, erfolgt, und mit Baldwin ist auch Ramsay MacDonald, der bisherige Lordpräsident des Geheimen Rates und Vorgänger Baldwins im Amte des Premierministers, aus der Regierung ausgeschieden. MacDonalds Abgang hat sich fast unbemerkt vollzogen: der sozialistische Ministerpräsident, der 1931 seine Partei im Stiche ließ, um mit dem konservativen Baldwin eine „nationale“ Regierung zu bilden, ist ein erledigter Mann, von dem selbst die, die ihn einst laut des Vertrags bezichtigten, heute schweigen. Die „nationale Arbeiterpartei“, die er gründete, ist ein bedeutungsloses Häuflein, er selbst war in den letzten Jahren nur noch Minister von Gnaden der Konservativen, seine Vergangenheit als führender sozialistischer Theoretiker und radikaler Kriegsdienstverweigerer ist fast vergessen, und wenn er sich jetzt zu den „alten Staatsmännern“ des Unterhauses zurückzieht, so bedeutet das faktisch den Rückzug ins Privatleben. Ein klangerlos abgelaufener eigentlich sensationeller Laufbahn, die dieser schottische Proletarier, der zum ersten sozialistischen Ministerpräsidenten Englands wurde, hinter sich hat.

Der Abgang Stanley Baldwins, der jetzt mit dem altenglischen Grafentitel geziert, Earl Baldwin of Bewdley heißen wird, ist besser. Dem konservativen Engländer erscheint er heute als Retter der Monarchie und des Weltreichs, nicht, weil er glanzvolle Taten und Siege aufzuweisen hat, sondern weil er Krone und Reich durch alle Gefahren der letzten fünf Jahre mit Mühe und Not, aber eben doch geschickt genug hindurch gesteuert hat. Die konservative Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen von 1935 einen erheblichen Stimmenverlust erlitt und bei den Londoner Grafschaftswahlen im vergangenen März schwer geschlagen wurde; ist unter Baldwin nicht härter geworden, das englische Welt-Vereinigtes ist durch den abessinischen Konflikt arg in Gefahr geraten, die britische Krone und der königliche Hof sind durch den Streit mit Edward VIII. zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen geworden, und selbst die Wirtschaftspolitik der nationalen Regierung, die durch die Fünfundzwanzig England zum ersten Konjunkturland machte, weist in Gestalt der Notstandsgebiete düstere Zeugen dafür auf, daß sie nur einem Teil der Nation Wohlstand gebracht hat. Aber Baldwin ist es gelungen, immer das Schlimmste zu verhüten; seine Partei ist an der Regierung geblieben, auf den Zusammenbruch der Sanctionen ist die große Aufrüstung und ein Neubeginn englischer Initiative in der Weltpolitik gefolgt, auf die Abkündigung Edwards folgte eine umso glanzvollere Krönung eines zuverlässigen regierungstreuen Monarchen, und die Pläne einer Neuordnung der Weltwirtschaft, die in letzter Zeit von der britischen Regierung besonders eifrig beraten werden, wecken neue Hoffnungen auf Ueberwindung auch der englischen Krisenercheinungen.

Was Baldwins Abgang besonders auszeichnet, ist die Tatsache, daß er keine Verwirrung hinterläßt, seinen Nachfolger schon lange vorausbestimmt hatte und mit seinem Auscheiden aus der Regierung nur einen Wechsel der Inhaber einiger Ministerposten bewirkte, aber keine Kursänderung verursachte. Auch unter Neville Chamberlain, dem bisherigen Schatzkanzler, wird

